

Das Erfolgsmodell Zug und sein Stellenwert in Bern

(Rede beim Lions Club Zug Kolin, Guggital, 23.10.13)

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung, bei Ihnen als Mitglied der Lions Familie sprechen zu können. Ich gehöre dem Lions Club Stadt Zug an, und finde es unter anderem sehr sympathisch, dass wir im Lions mit den Präsenzregeln etwas vernünftiger umgehen als andere Clubs. Das erleichtert mir das Leben und die Freundschaften.

Ich möchte Ihnen in den kommenden gut zwanzig Minuten zum Thema „Das Erfolgsmodell Zug und sein Stellenwert in Bern“ sprechen. Dabei möchte ich auf folgende Punkte eingehen. Zuerst möchte ich etwas klären, was eigentlich die Ursachen dafür sind, dass unser Kanton so gut da steht wie er das jetzt derzeit tut. Wenn man etwas genauer weiss, was man richtig gemacht hat, kann das nützlich sein, um zu wissen, was man weiterhin tun und lassen soll. Im weiteren werde ich darauf eingehen, welche Herausforderungen für Zug anstehen, auf bundespolitischer Ebene. NFA und Unternehmenssteuer III sind hier Stichworte. In einem dritten und letzten Punkt komme ich darauf zu sprechen, wie sich Zug bzw. deren Repräsentanten künftig positionieren könnten, um die eigenen Interessen besser realisieren zu können.

Ursachen für den Erfolg

Was sind die Ursachen für den Erfolg, den Zug jetzt hat? Ich war letzte Woche eingeladen nach Bern an ein Podium, wo es darum ging, was der Kanton Bern machen sollte, damit er besser vorwärts käme. Natürlich hat man mich deshalb eingeladen, weil man einen Vertreter aus dem Kanton wollte, der in den meisten Ratings an der Spitze steht, dessen NFA Beitrag pro Kopf weitaus am grössten ist, und dessen Gemeinden praktisch alle, es sind natürlich auch etwas weniger als Bern hat, in den Top Rängen der Attraktivität in der Schweiz figurieren. Es wäre einfach gewesen, zu sagen, wir Zuger sind einfach besser, gescheiter und unternehmerischer als die Berner.

Aber es ist ja schon interessant, sich einmal zu fragen, warum dieser Kanton Bern es nicht schafft, vorwärts zu kommen, obwohl er eigentlich bessere Voraussetzungen als Zug hat: er hat Land, er hat eine Hauptstadt mit grosser Anziehungskraft, er hat die ganze Bundespolitik mit ihren Entscheidungsmechanismen und entsprechend

guten Einflussmöglichkeiten, er hat eine zentrale Lage, höchst attraktive Lagen für Wohnraum, einen Flughafen, Raum für Unternehmen usw. Er hat also viel mehr als Zug und auch in grösserem Ausmass. Warum denn diese enorm gegenläufigen Entwicklungen? Noch vor etwa drei Generationen war die Diskrepanz noch viel grösser, aber umgekehrt. Zug war ein Armenhaus, Bern gesegnet mit Reichtum. Das ist die erste Lehre: wenn wir Zuger glauben, wir seien per se besser, ist das nicht nur arrogant, sondern auch falsch. Historisch waren die Berner sehr viel länger reicher als wir als wir es jetzt gegenüber den Bernern sind. Für mich gibt es zwei ganz wesentliche Ursachen für den heutigen Zustand von Zug, gegenüber Bern, oder andern Kantonen. Die erste ist eine historische, nämlich richtige Entscheide in der Vergangenheit, die zweite eine Ursache, auch aus der Historie heraus entwickelt, aber eine Sache der Gegenwart, nämlich eine bestimmte Haltung. Die erste Ursache geht weiter zurück, als manche denken, in die 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts. Lassen Sie mich darauf etwas eingehen.

Noch in den 50er-Jahren war der Kanton Zug einer der ärmeren. Es dominierten klar die Katholisch Konservativen, heute die CVP, mit absoluten Mehrheiten. In Bern war das reformierte Pendant dazu die BGB, die SVP. Dann kamen von aussen in den Kanton Zug Persönlichkeiten mit sehr liberalen Ideen, unter anderem einer Steuerreform. Die Konservativen waren damals so intelligent, dass sie merkten, dass diese Ideen attraktiv waren. Was lernen wir daraus? Die Erfolgsgeschichte Zugs hat ihre Ursache in der Fähigkeit der Konservativen, zu merken, dass Liberale Reformierte aus Zürich brauchbare Ideen hatten. Aber der Erfolg stellte sich nicht sofort ein. Noch anfangs der 70er klagte der Finanzdirektor mit Recht, er hätte nicht genügend Geld in der Kasse. Wirklich wirksam wurden die Gesetze erst in den 80ern, 90ern. Heute im 21. Jahrhundert kommen die Globalisierung und der Aufstieg Chinas, Indiens, Russlands, Brasiliens und – mit Abstrichen – Südafrikas zu den sogenannten BRICS Staaten dazu, die einen Handelsplatz wie Zug einfach ideal erscheinen lassen.

Was passierte gleichzeitig im Kanton Bern? Eben wenig. Die SVP blieb agrarisch orientiert, unliberal, und machte nichts als ihre Herrschaft zu sichern. Heute ist die Differenz zwischen den Kantonen enorm. Die Berner erhalten 1,2 Mia aus dem NFA, nachdem sie noch vor zwei Generationen stolz und reich waren. Die Zuger zahlen 270Mio hinein, pro Kopf ein Mehrfaches als Zürich, obwohl noch im 19. Jahrhundert das Freiamt einen Beitritt zu Zug ablehnte, weil wir ein Armutsrisiko waren.

Für mich ergeben sich daraus folgende Konsequenzen: Erstens: wichtige und richtige Entscheide entfalten ihre Wirkung erst nach Jahren, Jahrzehnten, wenn überhaupt. Bis dahin braucht es einen langen Atem, Durchhaltewillen und Konsequenz der herrschenden bürgerlichen Parteien. Wenn Sie zum Beispiel sehen, wie Luzern mit NFA Geldern die tiefsten Unternehmenssteuern einführt, und jetzt, wo das Geld halt nicht so schnell und nicht so viel fließt wie erwartet, schon wieder hektisch zurück rudert, zeigt dieser Fall schön auf, dass es eben Zeit braucht, die man heute zugegebenermassen weniger hat als noch vor zwanzig Jahren. Zweite Konsequenz: der Erfolg Zugs ist keine Leistung der jetzigen Politiker, sondern die Leistung weitsichtiger früherer Generationen, von denen wir jetzt profitieren. Drittens: so schnell wie wir reich wurden, können wir auch wieder verarmen. Viertens: Selbstgerechtigkeit und Wohlstandsmüdigkeit drohen im Kanton Zug, wenn wir diesen Tendenzen nachgeben in der Politik, und ich sehe Anzeichen, werden wir schneller absteigen als wir denken, und dann wird es zu spät sein für Gegenreaktionen. Dass der Kanton Zug die zweitbeste Verwaltung nach Genf hat, ist kein gutes Zeichen, sondern zeigt, dass wir Speck ansetzen. Fünftens und letztens: es ist immer die Verantwortung der bürgerlichen Parteien, die Wettbewerbsfähigkeit eines Kantons zu fördern. Von links kommen da keine Ideen, es ist auch im Selbstverständnis der Linken nicht ihre Aufgabe, einen Standort wettbewerbsfähig zu machen. Wenn eine bürgerliche Macht aber zu stark dominiert, und sich dem Liberalismus nicht öffnet, gefährdet sie den Kanton. Die CVP Zug war klüger als die SVP Bern, und der Freisinn in Zug war besser als der in Bern. Über den heutigen Freisinn äussere ich mich nicht, genauso wenig wie über die heutigen Christdemokraten.

Der eine Grund liegt also in der Geschichte. Der zweite Grund für den Erfolg Zugs und den Misserfolg Bern liegt in der Haltung der Verwaltung. Es ist tatsächlich so, Sitzungen mit Bernern sind Kurse in Entschleunigung, man tut dort oft noch so, wie man bei uns in den 90ern tat: Zeremoniell, Formalitäten, Essen und Alkohol – alles Dinge, die einem Wirtschaftsstandort des 21. Jahrhunderts nichts mehr bringen. In Zug unternehmen die Behörden alles, um Unternehmen die Grundlagen für ihren Standortentscheid möglichst schnell und umfassend zu liefern. Die Globalisierung ist noch nicht in Bern angekommen. In Bern erzählte mir ein Unternehmer, er habe in Bern expandieren wollen, sei aber an der Arbeitsverweigerung der Behörden gescheitert und schliesslich nach Fribourg gezogen. In Bern haben sie zwar Land,

aber sie finden keine Grundstücke von ca. 100'000 m² für Unternehmen, weil die Gemeinden nicht zusammen arbeiten. Bern hätte alles, was es zum Erfolg braucht, und noch viel mehr als es Zug hat, es ist eine falsche Haltung der Bürgerlichen, die den Erfolg verhindert.

Als ich das in Bern etwa so sagte, war natürlich Widerspruch vorprogrammiert. Aber es gab auch Gemeindepräsidenten, die mich klar unterstützten. Und wenn ich als Zuger etwas gelernt habe, dann dies, dass dieses Treffen unter Bernern enorm selbstkritisch, offen und ehrlich war, und der Willen erkennbar, an ihrer Situation etwas zu ändern. Da sehe ich in Zug mittlerweile mehr selbstgerechtes Schulterklopfen als nötig, und Sie wissen selbst, wer meint, er könne nichts mehr besser machen, machts schon etwas schlechter.

Herausforderungen in Bern

Wo stellen sich Herausforderungen in Bern, in der nationalen Politik, für Zug? Am dringendsten natürlich im NFA, dann auch bei sämtlichen Steuerfragen, insbesondere dem Projekt Unternehmenssteuer III, wo Zug als internationalem Standort besondere Anliegen wichtig sind. Lassen Sie mich eine etwas persönliche Vorbemerkung machen: Ich bin nicht sehr glücklich, dass unser Finanzdirektor sich zum Präsidenten der Finanzdirektorenkonferenz wählen liess. Für die klare Interessenverteidigung von Zug in Bern ist das nur nachteilig. Man kann als Präsident nicht die Agenda der Kantone so weit bestimmen, dass es uns nützt, und man muss als Präsident die Mehrheit der Kantone, das heisst, der Nehmerkantone, vertreten. Heute wäre ein selbstbewusstes Auftreten, auch gegen die Eidgenossenschaft, unbedingt nötig. Als Präsident der FDK können sie das weniger als wenn Sie ausschliesslich Zuger Finanzdirektor sind. Unser Finanzdirektor macht den gleichen Fehler wie die Vorsteherin des EFD, etwas weniger allerdings als Widmer Schlumpf: sie möchten beliebt sein, bei möglichst vielen. Das mag zwar die Wiederwahl erleichtern, schadet aber langfristig der Sache, für die man einstehen sollte. Ich habe das noch nirgends öffentlich gesagt, und werde das als CVPler auch nicht tun. Aber in diesem Rahmen traue ich mich mal, das in die Diskussion zu werfen, und bin gespannt auf Ihr Echo. Vielleicht täusche ich mich ja auch, und das wäre ja auch gut.

NFA

Schauen wir die Baustelle NFA etwas genauer an. Es gehörte zu meinen frustrierendsten Erfahrungen als Parlamentsneuling, dass ich in der NFA Kommission, als man den NFA konzipierte, absolut in die Minderheit versetzt wurde, und aus dem Ständerat selbst von den Zuger Vertretern keine Unterstützung fand. Der NFA, so wie er jetzt vorliegt, ist eine Fehlkonstruktion, und man hätte damals viel stärker darauf hinweisen müssen. Wie sieht es jetzt aus?

Wir haben derzeit eine Umverteilung von Geldern, die weitgehend ziemlich willkürlich ist. Während die Gesamtsumme des Bundesbeitrags kostenneutral sein soll, haben die Geberkantone zwischen 60 und 80% des Bundesbeitrags aufzubringen. Dabei werden bei der Berechnung des Anteils der Geber gewisse wesentliche Vorteile der Nehmer nicht berücksichtigt. So halten sich manche Bergkantone, allesamt Nehmer, schadlos mit den Wasserzinsen, und diese Einnahmen werden nicht berücksichtigt bei der Verteilung der NFA Gelder.

Für die Geberkantone bedeutet der NFA, dass die Ausgleichssumme jährlich um 10% steigt, auch wenn das Volkseinkommen gleich bleibt. Bei sinkendem Ressourcenindex steigt die Ausgleichssumme. Beispiel für Zug: Der Ressourcen Index sank von 2012 auf 2013 von 250.1 auf 247.6, der Beitrag der Zuger stieg von 262Mio auf 277 Mio. Der grösste Nachteil aber, und die massivste Fehlkonstruktion des NFA bestehen darin, dass innerhalb der Geberkantone eine absolut schädliche Ausgleichsfunktion besteht. Einfach gesagt: es gibt zwei Töpfe, einer wird vom Bund gespeist, der andere von den Geberkantonen. Der Topf der Geberkantone umfasst 80% des Bundestopfes. Dieser Betrag bleibt konstant. Wenn jetzt ein Geberkanton aufgrund wirtschaftlicher Schwäche oder von Steuerausfällen weniger einzahlen muss, müssen das andere Geberkantone übernehmen. Konkret in Zahlen: 2008 zahlte ZH 434Mio, ZG bescheidene 180Mio. 2013 zahlt ZH nur noch 383Mio, die Finanzkrise macht sich bemerkbar. ZG bezahlt fast 100Mio mehr, 277Mio. Und dies, ohne dass es ZG wirtschaftlich so viel besser ginge. Diese unsägliche Solidarhaftung der Geberkantone ist absolut unmöglich und verhindert eine einigermaßen vernünftige Planbarkeit.

Ein weiteres Paradox: der Bundesbeitrag steigt im Umfang aller Kantone. Der Beitrag der Geberkantone steigt im Umfang des Wachstums der Geberkantone. Das führt zur absurden Situation, dass wenn alle Nehmerkantone stärker werden, unter anderem durch Geld der Geberkantone, die Ausgleichssumme ansteigt, die die Geberkantone und der Bund bezahlen müssen. Das heisst: je besser es den Nehmern geht, umso mehr müssen die Geber zahlen, das ist das finanzpolitische Perpetuum mobile, das dazu führt, dass der Beitrag von ZG steigt, je mehr die Nehmer von Beiträgen profitieren.

Was machen die Nehmerkantone mit dem Geld? Sie verwenden es teilweise für Steuersenkungen, teilweise so tief, dass sie Geberkantone unterbieten. LU beispielsweise hat die mittlerweile tiefsten Unternehmenssteuern schweizweit. OW

war durch die NFA Gelder in der Lage, steuerlich attraktiver zu werden als mancher Geberkanton. Unser Regierungsrat ist der Meinung, es handle sich hier um Steuerdumping auf Kosten der Geber. Man kann das so sehen. Ich sehe es etwas anders. Das Grundprinzip des NFA ist nämlich, dass die Kantone mit dem Geld, das sie erhalten, machen können, was sie wollen. Das halte ich an sich für durchaus sinnvoll. Denn es entspricht unserer gut föderalistischen Ordnung, dass die Kantone sich zwar unterstützen, aber auch nicht dreinreden. Wenn also OW versucht, mit dem Geld der Geber vom Ende der Tabelle wegzukommen, indem sie die Steuern senken, ist das Wettbewerb, den Zug aushalten muss, und im übrigen auch kann, wir haben gegenüber den meisten Kantonen nach wie vor mehr Vorteile, wenn wir sie richtig nutzen. Natürlich mag es ärgerlich scheinen, dass mittlerweile 12 Nehmerkantone bei den Juristischen Personen eine tiefere Steuerbelastung vorweisen können als die Geberkantone. Und natürlich mag es ärgerlich erscheinen, dass der Kanton Bern seine Verwaltung schon mit 63 in Pension schickt. Aber wenn ZG beanspruchen würde, ändern Kantone Vorschriften über die NFA Gelder Verwertung zu machen, müssten wir riskieren, dass uns der Bund oder andere Kantone in für sie vitalen Dingen auch dreinzureden beginnen.

Was müssten wir Zuger erreichen? Sicher primär eine verlässliche obere Limite, was jeder Geberkanton zahlen muss, im Maximum. Daneben eine Begrenzung des Topfes im Gesamten. Wenn der Härteausgleich nicht noch 28 Jahre lang auch noch da wäre, wäre das sicher schön, aber der ist nicht mehr der grosse Kostentreiber.

Wie erreichen wir das? Meines Erachtens, indem wir versuchen, überraschende Allianzen herzustellen, und gemeinsame Interessen, unter Umständen gerade mit den ärmsten der Nehmerkantone, zu formulieren. Wir müssen schauen, dass diese allenfalls noch mehr bekommen, zu Lasten des Mittelfeldes, und dann wären sie allenfalls bereit, den Gebern eine Limite zuzugestehen, und im Parlament, denn dort kommt es darauf an, Mehrheiten zu bilden. Wenn sie die Berner Parlamentarier haben, zusammen mit den Zürchern, Waadtländern und allen Gebern, sind sie mindestens im Nationalrat nahe bei Mehrheiten, die den Anliegen der Geber Rechnung tragen. Deshalb halte ich es für falsch, einfach die Nehmer pauschal abzukanzeln, denn diese können im Parlament entscheidend sein.

Ein letztes zum NFA: Wir als Zuger machen uns oft eine zu wenig klare Vorstellung, dass wir innerhalb der Schweiz halt schon absolut überdurchschnittlich reich sind, und als sehr reich gelten. Wenn Sie einmal in der Schweiz etwas herumreisen, nicht

an die touristisch attraktiven Standorte, dann sehen dort die Schulhäuser, die Verwaltungsgebäude, die Infrastrukturen schon ziemlich anders aus als bei uns. Umgekehrt ist diese Prachtentfaltung der öffentlichen Hand in Zug schon etwas, was Besuchern aus andern Kantonen sehr schnell auffällt. Sie mögen das jetzt etwas banal psychologisch finden, aber ich habe in den letzten Jahren gelernt, dass auch in der Politik, oder vor allem in der Politik, die Frage, wie man gegenseitig wahrnimmt und wahrgenommen wird, auch politisch mitentscheidend sein kann. Wenn Sie dazu ein Beispiel brauchen, erinnern Sie sich an die Abstimmung zu Minder und die Reizworte UBS und Economiesuisse. Wir Zuger können zwar sicher intern jammern und ausrufen, nach aussen müssen wir uns klüger verhalten als bisher. Sonst haben wir zwar Recht, werden aber nie Recht bekommen.

USTR III

Ich komme zur zweiten Herausforderung für Zug und die Schweiz, die uns noch lange beschäftigen wird: der Unternehmenssteuerreform III. Dieses Projekt steht für die Wettbewerbsfähigkeit Zugs und der Schweiz, und damit natürlich auch für die ganze Konkurrenzsituation zwischen der Schweiz und der EU, dem Ausland, der OECD usw. Ich bin kein Steuerrechtsspezialist, und fokussiere deshalb auf die politische Dimension dieses Projekts. Schon im Inland haben wir enormen Widerstand bei dieser Vorlage zu überwinden. Die Linke beklagt seit der Unternehmenssteuerreform II wortreich die angeblich immensen Verluste für die Bundeskasse, und die Finanzministerin stimmt leider in dieses Klagelied ein. Steuererleichterungen für Unternehmen sind alles andere als populär. Das war vor 10 Jahren noch anders, und Sie können auch in Zug sehen, dass die Stimmung langsam kehrt, in gewissen Kantonen schon gekippt ist. Wenn wir aber die Unternehmenssteuerreform III nicht schaffen, werden wir manche Unternehmen aus dem Land und aus dem Kanton vertreiben, einfach weil andernorts die Bedingungen besser geworden sind.

International betrachtet, befindet sich die Schweiz seit längerer Zeit in einem äusserst harten Kampf um Steuergelder, Arbeitsplätze, Unternehmen. Dieser Kampf wird angesichts der Finanzkrisen in der EU nicht weniger hart, im Gegenteil. Innerhalb der OECD/G20 wird der Kampf gegen Steuerhinterziehung dazu benutzt, den Konkurrenten Schweiz zu schwächen. Die Beziehungen zur EU sind schlechter geworden, was nicht die Schuld der Schweiz ist. Unsere Unternehmen fordern

Planungs- und Rechtssicherheit, was auch für die Schweiz immer anspruchsvoller wird, und was durch landesinterne Diskussionen, Initiativen und weiteres eher abnimmt.

Das Ziel der USTR III ist die Stärkung der Schweizer Position im internationalen Steuerwettbewerb. Die Schweiz soll weiterhin bei mobilen und hochmobilen Faktoren (wie z.B. Konzernzentralen, Immaterialgüter, Finanzierungsaktivitäten, Grosshandel) wettbewerbsfähig bleiben. Steuerentlastungen wie die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigen- und Fremdkapital, Erleichterungen bei der Konzernfinanzierung, Verbesserung des Beteiligungsabzugs für juristische Personen und die Möglichkeit für die Kantone, auf die Erhebung der Kapitalsteuer zu verzichten, sind Elemente dieser Reform. Stark wird vor allem seitens der EU kritisiert, dass wir ausländische Domizilgesellschaften steuerlich besser behandeln als schweizerische.

Wie sieht das Umfeld aus? Zuerst national: Momentan haben wir stark unterschiedliche kantonale Steuerbelastungen zwischen 12 und 24%, effektiver Steuersatz auf Stufe Bund und Kanton. Wir haben eine wesentlich tiefere Steuerbelastung für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften, nämlich zwischen 8 und 12%. Dazu kommen teilweise weitere Sonderregelungen durch die Neue Regionalpolitik oder kantonale Steuererleichterungen.

Was ist der internationale benchmark? Bei Beteiligungen sollte die Steuerbelastung 0% betragen, bei den Zinserträgen 2-3%, bei den Lizenzträgen 5-8%, bei den Grosshandelserträgen 10-12%.

Diskussionspunkte sind technisch mögliche Ersatzmassnahmen für die gemischten Gesellschaften, wie die Senkung des ordentlichen Gewinnsteuersatzes, auf die Grössenordnung von 12%, Bund und Kanton zusammen, oder die Einführung neuer Sonderregelungen. Die Krux bei den technisch möglichen Ersatzmassnahmen für Holdings: die Senkung des ordentlichen Gewinnsteuersatzes wird nicht genügen, die Grössenordnung von 8-10% ist unrealistisch. Es sind Sonderregelungen für Immaterialgüter und Zinsen erforderlich, wie zum Beispiel Lizenzbox oder Zinsbox oder zinsbereinigte Gewinnsteuer.

Auch hier ist ZG innerhalb der Schweiz ein Sonderfall. Nur wir könnten es uns leisten, einen einheitlichen tiefen Steuersatz für alle Unternehmen zu machen, aber die Zentrums Kantone BS, GE und ZH würden erhebliche Verluste verkraften, auch der Bund wäre sehr stark betroffen, da fast die Hälfte seiner Gewinnsteuereinnahmen von mobilen Gesellschaften mit kantonalem Steuerstatus nach Art. 28 StHG stammt. Das wäre der eleganteste Ausweg, denn was die EU stört, ist die unterschiedliche Behandlung. Wenn wir alle gleich tief besteuern, ist

diese Kritik nicht mehr gegeben. Aber die Ausfälle wären für die erwähnten Kantone nicht verkraftbar.

Sie sehen: die Diskussion um die USTR III ist einerseits eine innenpolitische, andererseits aber vor allem eine aussenpolitische, es geht um den Standort Schweiz und seine Wettbewerbsfähigkeit, und es ist evident, dass ein Kanton ZG davon mehr betroffen ist als die meisten andern. Was sind etwa die Vorstellungen, mit denen die Schweiz sich mit der EU zusammensetzen soll? Natürlich keine Übernahme des Verhaltenskodex der EU, evt. kann man diskriminierende Massnahmen zurück nehmen, oder wenigstens keine neuen einführen, angemessene Übergangsfristen für die Kantone, Verhandlung auf Augenhöhe und Autonomie und Respekt des Schweizerischen Steuersystems.

Dabei muss man beachten, dass es gar kein Mandat seitens der EU gibt! Also haben wir hier eine Chance, die EU in einer für sie vitalen Frage an den Tisch zu zwingen. Meine persönliche Meinung: auch hier besteht wie so oft die Gefahr, dass die Schweiz den Druck nicht aushält, vorzeitig einknickt und der EU nachgibt, bevor dort substantielle Zugeständnisse gemacht sind.

Schädlich für ZG ist die ganze Diskussion allemal. Denn sie setzt europäische Unternehmen mit Sitz Zug in der EU enorm unter Druck. Andererseits geben wir Schweizer diesen Unternehmen immer weniger Verlässlichkeit, Rechtssicherheit, und machen den Eindruck, als würde unsere Politik die Unternehmen fallen lassen, wenn die EU nur genügend Druck macht.

Man soll ja nicht nostalgisch sein, aber die etwas Älteren erinnern sich vielleicht daran, als ein gewisser Marc Rich nach Zug kam, von den USA verfolgt wurde, und die offizielle Schweiz durchaus geneigt war, ihn auszuliefern. Der damalige Zuger Finanzdirektor wehrte sich praktisch allein. Damals brachte uns Zugern das viel Kritik, ein paar Jahre später die Begnadigung von Rich durch den amerikanischen Präsidenten. Wenn man damals nachgegeben hätte, wäre Zug nicht das geworden, was es heute ist. Diese Haltung wünschte ich mir heute etwas öfter, von der Zuger, aber vor allem von der Schweizer Regierung.

Wie soll sich Zug künftig positionieren?

Ich komme zum letzten Punkt, der Frage, wie sich Zug künftig positionieren soll? Ich erwähne vier Punkte, relativ kurz, es sind eigentlich Wünsche, und Sie können selbst beurteilen, wie realistisch oder wie utopisch diese Wünsche sind.

Der erste Wunsch einer Positionierung von Zug: Zug sollte die anstehenden, das Erfolgsmodell Schweiz massiv gefährdenden Initiativen, ablehnen. Dazu zähle ich: 1 zu 12, Erbschaftsinitiative, Mindestlohninitiative, Ecopop, Masseneinwanderungsinitiative. Sie alle gefährden einen Teil oder wesentliche Pfeiler unseres Erfolgsmodells. Sie sind auch Ausdruck einer gewissen Wohlstandsmüdigkeit. Auch in Zug gibt es immer mehr Stimmen, nicht mehr nur linke, die sagen, man hätte jetzt von allem etwas genug. Glauben Sie nicht, dass unsere Konkurrenten nicht genau sehen, was wir da diskutieren. Glauben Sie nicht dass unsere Unternehmen das nicht mit Sorge betrachten, und sich Überlegungen machen, einen besseren Standort zu suchen, den es bestimmt gibt.

Zweitens sollten wir in Bern besser auftreten. Wir müssen uns besser erklären, unsere Position, unsere Anliegen. Es gibt Kantone in Bern, die Personen nur mit dem Auftrag angestellt haben in Bern für sie möglichst viel herauszuholen. Die Randregionen schaffen es immer wieder Geldströme ins Berggebiet fließen zu lassen, wir haben Hochgeschwindigkeitstrassen in den Jura, wo kein Mensch hinfährt, und Stau in den Wachstumszentren. Ich meine nicht, dass wir das auch so tun sollen. Aber wir müssen darstellen, dass unsere Wettbewerber nicht so sehr andere Kantone, sondern vielmehr andere internationale Standorte sind. Wer von Zug wegzieht, geht nicht in einen andern Kanton, sondern verlässt in der Regel die Schweiz. Diese Einsicht zu fördern, wäre wirkungsvolles Lobbying für Zug in Bern.

Drittens muss Zug sich wieder stärker zum Föderalismus bekennen, und darauf pochen. Wir müssen uns gegen die zunehmende Tendenz wehren, dass man in Bern – und zwar alle Parteien – immer mehr reguliert und vorschreibt, was Sache und Hoheit der Kantone ist. In Bern haben die Linken wesentlich mehr Einfluss als in den Kantonen, deshalb sind wir gut beraten, dort noch bürgerlich zu entscheiden, wo wir das können, nämlich in Zug.

Viertens und letztens, das ist aber eher zu den Politikern gemeint als zu Ihnen: man muss aufhören, in Bern gefallen zu wollen. Wir werden immer Prügeln erhalten, wenn in der Welt ein Öltanker absäuft und dessen Firma Zuger Sitz hat. Wir werden immer die bad guys sein. Wer als Zuger Regierungsrat in Bern oder in einer Konferenz der Kantone zu sehr auf konstruktiv macht, wird keinen Erfolg haben. Im Gegenteil: Man erhält zwar Lob, aber zulasten eines starken, unabhängigen und wettbewerbsfähigen Freistaats Zug, so wie Artikel 1 unserer Kantonsverfassung es vorschreibt.

Gerhard Pfister, Nationalrat CVP ZG